



Presseversorgungswerk

70 Jahre Presseversorgung

Am 28. Mai 1949 wurde das Versorgungswerk der Presse in Bad Kreuznach gegründet. „Der Gedanke der Sozialverpflichtung der Presse-Partner einte Verleger und Journalisten und ließ eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens entstehen“, erinnerte sich Dietrich Oppenberg, späterer Ehrenvorsitzender des Verwaltungsrats. Mit der Etablierung begann eine wirkliche Erfolgsgeschichte.

Der Geschäftsbericht 2018 belegt für die Presseversorgung nicht in allen Positionen Steigerungen wie im Vorjahr, aber durchaus erfreuliche Ergebnisse: Aktuell verwaltet das Versorgungswerk der Presse 156.221 Versicherungsverträge und weist Kapitalanlagen von 6,5 Milliarden Euro aus. Diese Positionen konnten im Vorjahresvergleich nahezu konstant gehalten werden oder sind leicht gewachsen. Besonderheit: Da die Gesellschafter seit jeher auf Dividende verzichten, kommen alle Überschüsse den Versicherten zugute.

Hinsichtlich des Preis-Leistungsverhältnisses belegt das Versorgungswerk der Presse bei den deutschen Versicherern seit Jahren Spitzenränge. Dafür sorgen neben geringen Verwaltungskosten hohe Flexibilität und überdurchschnittlichen Aktiv- und Passivreserven. Die Gesamtverzinsung betrug trotz anhaltender Niedrigzinsphase 2016 noch 5,1 Prozent und liegt seither etwa bei vier Prozent. Für 2018 ist die Nettoverzinsung mit 3,9 Prozent gegenüber 2017 zwar leicht gesunken, liegt aber weiter beträchtlich über dem Marktniveau. Das Presseversorgungswerk hält damit die „Marktführerschaft in der Altersvorsorge“. Als gemeinsame Einrichtung der Journalisten- und Verlegerverbände hat das Versorgungswerk das Ziel, Beschäftigten in der Medienbranche eine (zusätzliche) Vorsorge für das Alter, den Fall der Berufsunfähigkeit und Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen.

Ausführlicher Artikel von Helma Nehrlich auf M Online:

<https://tinyurl.com/y2II7sfb>

Tip: Ab sofort können sich auch erwachsene Kinder von Presse-Versicherten im Rahmen der Jubiläumsaktion versichern.

www.presse-versorgung.de



Foto: ver.di

DuMont Köln:

Zweite Protestaktion der Beschäftigten

Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sind am Donnerstag, 13. Juni, wieder zahlreiche Beschäftigte von DuMont vor das Haus in Köln gegangen. Die rund 160 Personen demonstrieren für mehr Transparenz bei den Verkaufsabsichten der Regionalmedien durch die Eigentümer, sowie für eine Beschäftigungsgarantie seitens des Unternehmens.

„Der Betriebsrats-Vorsitzende, Heinrich Pläßmann, erklärte in seiner Ansprache: „Wir haben über unsere Rechtsanwältin den Vorstand des Unternehmens aufgefordert, uns über die geplanten konkreten Schritte bis zum 24.6. aufzuklären. Sollte das nicht erfolgen, stehen uns auch rechtliche Mittel zur Verfügung, an die Informationen zu gelangen“. Die Gesellschafter von DuMont hätten es bis heute nicht für nötig befunden, auf den Offenen Brief der Betriebsräte zu antworten, was bedauerlich sei.

Der Bezirksbürgermeister Köln-Innenstadt, Andreas Hupke, sprach den Mitarbeitern Mut zu und gab ihnen wichtigen Rat: „Haltet zusammen und geht an die Öffentlichkeit, damit ihr

von der anderen Seite als Verhandlungspartner ernst genommen werdet.“ Außerdem forderte er die Eigentümer auf, mit den gewählten Interessenvertretern in einen offenen Dialog einzutreten.

Die Demonstration endete mit viel Applaus seitens der Beschäftigten, die ihren Willen, ernst genommen zu werden, erneut eindrucksvoll unterstrichen.

Artikel von Helma Nehrlich zu den Verkaufsabsichten der Eigentümer auf mmm.verdi.de:

<https://tinyurl.com/y6Njzrln>

Artikel von Friedrich Siekmeier und ein Interview mit dem Medienwissenschaftler Horst Röper auf verdi-drupa.de:

<https://tinyurl.com/y3nd2v8p>

Neue Quartalsberichte online

Die Quartalsberichte zur Medienwirtschaft für den Zeitraum Januar bis März 2019 von Gert Hautsch stehen online. Sie bestehen wie immer aus drei Teilen:

- Branchenübersicht:
Ein miserables Kinojahr
- Konzernübersichten:
Ausverkauf bei DuMont
- Übernahmen und Beteiligungen:
Von Altraverse bis ZDF

Direkter Link zu den Quartalsberichten:

<https://tinyurl.com/y5uuszxq>

VG Wort: Hauptausschüttung für 2018

Mit Einnahmen von 217,91 Millionen Euro (2017: 292,65 Millionen Euro) aus der Wahrnehmung von Urheberrechten hat die Verwertungsgesellschaft Wort 2018 wieder ein „sehr gutes Ergebnis“ erzielt. Da außerdem Rückstellungen in Höhe von insgesamt etwa 170 Millionen Euro weitestgehend aufgelöst und ausgeschüttet werden, können die rund 246.000 wahrnehmungsberechtigten Autoren*innen bei der Hauptausschüttung im Juni also wiederum mit einem kleinen Geldsegen rechnen.

Mehr bei M Online im Artikel von Rüdiger Lühr:

<https://tinyurl.com/y3jxjilo>

Verschlossene Auster geht an Bayern

Die Verschlossene Auster 2019 von Netzwerk Recherche (nr) geht an die Bayerische Staatsregierung. Mit dem Negativpreis zeichnete die Journalistenvereinigung auf ihrer Konferenz in Hamburg den Informationsblockierer des Jahres aus. Die Begründung des nr-Vorstands: „Die Staatsregierung, getragen von einer Koalition aus CSU und Freien Wählern, blockiert weiterhin die Einführung eines Informationsfreiheitsrechts, wie es in den meisten Bundesländern schon existiert.“

Mehr bei M Online:

<https://tinyurl.com/y4eu2k2y>

Vernetzt gegen Rechts

Die Redakteursvertreter von ARD, ZDF und Deutschlandradio (AGRA) kooperieren ab sofort mit dem Redakteursrat des Österreichischen Rundfunks (ORF). Ein überfälliger Schritt und eine begrüßenswerte Reaktion auf die zunehmenden populistischen Angriffe gerade auf öffentlich-rechtliche Sender.

Link zum Artikel auf M Online:

<https://tinyurl.com/y3xmy6ds>

Deutsche Presse-Agentur:

Erster Warnstreik in der dpa-Geschichte



Foto: Christian von Polentz/transistfoto.de

Rund 100 Beschäftigte des Berliner Newsrooms der Deutschen Presse-Agentur (dpa) haben am 18. Juni in einer aktiven Mittagspause ab 13 Uhr die Arbeit niedergelegt. Sie protestieren damit gegen die Hinhaltenaktik und inakzeptablen Angebote der Arbeitgeber in den laufenden Tarifverhandlungen, die ver.di gemeinsam mit dem DJV führt.

„Das Spiel auf Zeit der dpa-Geschäftsführung bei den Tarifverhandlungen ist ein Affront gegen die Beschäftigten der Agentur. Etliche Leermonate ohne höhere Vergütungen sind nicht akzeptabel. Dabei ist unsere Forderung nach einem Inflationsausgleich für die Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen moderat“, sagte DJV-Tarifexpertin Gerda Theile.

„Es ist der erste Warnstreik in der langen Geschichte der dpa und er zeigt, wie wütend und entschlossen die Beschäftigten sind, ein Angebot zurückzuweisen, das für viele Reallohnverluste bedeuten würde. Die Beschäftigten fordern zudem entschieden eine weitere Angleichung zwischen Mutter- und Tochterunternehmen. Die Geschäftsführung muss ihre Blockadehaltung endlich aufgeben“, sagte ver.di-Verhandlungsführerin Cornelia Berger.

ver.di und der DJV fordern für die bundesweit rund 800 Beschäftigten (Redakteure und An-

gestellte der dpa-Mutter und der Tochterunternehmen) unter anderem Lohnerhöhungen von jährlich mindestens zwei Prozent, das heißt in Höhe der Inflationsentwicklung. Durch Fixbeträge sollen dabei niedrigere Gehälter überproportional angehoben und auch so die Schere zwischen Mutter- und Tochterunternehmen verringert werden. Ein großer Streitpunkt mit den Arbeitgebern ist die Forderung, dass die Tarifierhöhungen rückwirkend ab Januar 2019, das heißt zum Zeitpunkt des Ablaufs des gekündigten Tarifvertrags, gelten sollen, um mehrere Leermonate zu verhindern. Verhandelt wird auch über diverse Zulagen sowie über eine Erhöhung der Nachtzuschläge, die seit 1986 nicht mehr angehoben worden sind.

Bisher hat es fünf Verhandlungsrunden gegeben, die letzte fand am 23. Mai 2019 statt . **PM**

Link zur Meldung des ver.di-Landesfachbereichs Berlin-Brandenburg mit Bildergalerie:

<https://tinyurl.com/yy2pahzx>



ver.di-Verlagskonferenz

Programm + Anmeldung:
<https://tinyurl.com/y3pttlw>



27.- 28. Juni 2019 in Berlin

**Zeitungsverlage:
Mitbestimmung in Zeiten der digitalen Transformation**

Tarifgehalt erstritten

Beschäftigte der Bremer Tageszeitungen AG haben vor dem Bundesarbeitsgericht einen jahrelangen Rechtsstreit mit ihrem Arbeitgeber gewonnen: Der Verlag des Weser-Kuriers und einzelner anderer Zeitungen muss ihnen Tarifgehälter zahlen, obwohl er aus der Tarifbindung ausgestiegen ist.

Ausführlicher Bericht von Eckhard Stengel auf M Online: <https://tinyurl.com/y443a8gs>

M - Der Medienpodcast Kommt der Osten in den Medien zu kurz?

<https://mmm.verdi.de/podcast/>

Interview mit Robert Schneider
Focus-Chefredakteur + ehemaliger
Chefredakteur der Super-Illu



Personaldecke immer dünner

Am Berliner Standort der DuMont-Verlagsgruppe sind gegenwärtig noch 115 Beschäftigte in lokalen oder konzernweiten Gesellschaften tätig, darunter 50 bei der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und 18 bei der Anzeigenzeitung Berliner Abendblatt (inkl. Redaktion). Noch 105 Beschäftigte zählt die Druckerei BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH. Klar ist bereits, dass 2019 durch Kooperation mit dem Gutenberg-Rechenzentrum (Madsack) zwei Verlagsgesellschaften in Berlin wegfallen, betroffen sind 21 Beschäftigte. Die Situation der Beschäftigten hat Helma Nehlich für M Online analysiert:

<https://tinyurl.com/yye7sdvb>

Presseausweis für Profis

Der Presseausweis bleibt ein wichtiges Recherchewerkzeug für alle hauptberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten.

Ausführliche Informationen

<http://tinyurl.com/mmfn8xx>

Hühig Jehle Rehm

Warnstreiks für einen fairen Tarifabschluss

Am 19. Juni traten die Beschäftigten der Fachmediengruppe Hühig Jehle Rehm (HJR) - die zum Süddeutschen Verlag gehört - in den Warnstreik. Bereits am 22. Mai hatten sie für ihre Tarifforderungen gestreikt. Daraus war es sogar der erste Warnstreik für mehr Geld im Verlagshaus gewesen - an dem sich mit 32 Kolleginnen und Kollegen mehr als die Hälfte der anwesenden Belegschaft beteiligte. Die Warnstreiks sind mehr als berechtigt und notwendig, da sich die HJR-Geschäftsführung lediglich zu einem Entgeltangebot von gerade mal 1,5 Prozent für neun Monate und 100 Euro Einmalzahlung durchringen konnte.

Die Kolleginnen und Kollegen von HJR haben dies zurecht als einen Affront gegenüber ihrer und der Forderung der ver.di-Haustarifkommission von sechs Prozent für alle und einen Festgeldsockel von 200 Euro und 60 Euro für die Azubis (für zwölf Monate) verstanden. Zumal der Konzern der Süddeutschen Zeitung, zu der HJR gehört, den nicht-tarifgebundenen Verlagsteilen bereits zwei Prozent Lohnerhöhung zugesagt hat und die Verlagsgruppe HJR trotz Umsatzstagnation immer noch eine zweistellige Umsatzrendite erzielen kann. Eine Rendite, von der die Kolleginnen und Kollegen zurecht sagen können, dass sie diese durch ihren Einsatz erwirtschaftet haben.

In einer Streikversammlung diskutierten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen darüber, wie sie sich weiter erfolgreich gegen diese Provokation zur Wehr setzen können. In der über einstündigen intensiven und konzentrierten Diskussion waren sich alle darin einig, dass dies erst der Auftakt zu weiteren Warnstreiks und Aktionen sein kann, um die Geschäftsführung weiter und gezielt unter Druck zu setzen. Denn diese Tarifrunde wird schwieriger werden als die vorausgegangenen: zum einen steht die Geschäftsführung von HJR stärker unter dem Druck der Konzernleitung. HJR gehört zum Süddeutschen Verlag, der wiederum zum SWMH-Konzern gehört. Auf der anderen Seite wächst aber auch der Druck auf die Belegschaft und auf ver.di, weil seit rund zwei

Jahren unklar ist, ob der Arbeitgeberverband Buchhandel/Verlage Bayern noch willens und in der Lage ist, eine gemeinsame Tarifpolitik in Bayern zustande zu bringen.

Aber auch die Kampffähigkeit von ver.di ist in den letzten zwei Jahren nicht größer geworden: einzig die Belegschaften der Buchhandelskette Hugendubel und die von HJR sind in der Lage, Warnstreik umzusetzen, um den Manteltarifvertrag (MTV) auf der Fläche - der seit rund zwei Jahren in sogenannter Nachwirkung ist - in der jetzigen Form zu verteidigen. Der Arbeitgeberverband würde gerne tiefe Einschnitte durchsetzen - sei es beim Urlaubs-/Weihnachtsgeld, beim Kündigungsschutz, bei den Arbeitszeiten oder den Spätöffnungszuschlägen. Aber nicht nur dieser, auch die Geschäftsführung von HJR hat bereits in der ersten Verhandlungsrunde zum Entgelttarifvertrag deutlich gemacht, dass auch sie großes Interesse an einer Verschlechterung des MTV hat.

Die Streikversammlung hat deutlich gemacht, dass die Kolleginnen und Kollegen von HJR, sich nicht mit Almosen abspesen lassen wollen. Sie werden ihre Warnstreiks und Aktionen ausweiten und gezielt einsetzen - auch zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen von Hugendubel für den Erhalt des MTV in der Fläche. Das ist die einzige Sprache, die die Geschäftsführungen - sei es von HJR oder vom Arbeitgeberverband Buchhandel/Verlage in Bayern - verstehen werden.

Abschluss bei Elsevier

In der zweiten Runde der Haustarifverhandlungen beim Fachverlag Elsevier (Teil der Relx-Gruppe) hatte die Arbeitgeberseite angeboten, die Gehälter um 2,5 Prozent zum 1. Juni 2019 und 2,2 Prozent zum 1. Juni im kommenden Jahr zu erhöhen.

In einer Befragung stimmten die ver.di-Mitglieder dem Angebot zu. Die Laufzeit des Abschlusses beträgt zwei Jahre.



Programm + Anmeldung: <https://dju.verdi.de/medientage>

Rettet die gedruckten Zeitungen

Alle reden von der Zeitungskrise. Tatsächlich ist es eine Ideenkrise der Verlage. Zur Rettung der gedruckten Zeitung fällt ihnen wenig ein. Und so sind auch Druckereien ständig gefährdet. Die ver.di-Zeitschrift DRUCK+PAPIER hat sich umgehört, Fachleute gefragt und in andere Länder geschaut. Ein Beitrag zur Debatte von Hermannus Pfeiffer:

<https://tinyurl.com/y5blsp69>

KI - Wer steuert wen?

„Wir wollen gestalten“, steckte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Ziel des Digitalisierungskongresses ab, der am 21. und 22. Mai zum sechsten Mal im Berliner ver.di-Haus und zum zweiten Mal in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung stattfand. Unter dem Titel „Künstliche Intelligenz - Wer steuert wen?“ diskutierten diesmal unter anderem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sowie zahlreiche Expertinnen und Experten aus der „Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz“ der Bundesregierung und der „High Level Expert Group Künstliche Intelligenz“ der EU.

Ausführlicher Tagungsbericht von Monique Hofmann auf M Online:

<https://tinyurl.com/yyh248nz>

Link zur Kongressseite mit weiteren Infos:

<http://digikongress.verdi.de/>

Unlauterer Wettbewerb?

Wenn Polizei und Feuerwehr das Smartphone zücken

Das Smartphone macht es möglich: Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten stellen zunehmend mit digitaler Technik den Zeitungs- und Fernsehredaktionen Film- und Fotoaufnahmen von ihren Einsätzen zur Verfügung – praktisch in Echtzeit und kostenlos. Die Leidtragenden dieser Praxis sind freie Fotograf*innen, die dies als unlauteren Wettbewerb betrachten und ihre Existenzgrundlagen gefährdet sehen.

Der ver.di-Landesfachbereich Medien Hessen hat die Beschwerden der Bildberichterstatte*rinnen zum Anlass genommen, den hessischen Innenminister Beuth aufzufordern, die Veröffentlichungspraxis von Angehörigen der Polizei und der Rettungsdienste kritisch zu überprüfen. Minister Beuth hat in einem Antwortschreiben die Praxis in Hessen verteidigt. Solche Bildveröffentlichungen „in Konkurrenz zu Pressefotografen stellen keinen Verstoß gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften dar“, schreibt Beuth.

Ganz anders sieht das offenbar sein bayerischer Amtskollege Joachim Herrmann. Herrmann äußerte sich Anfang 2018 schriftlich auf eine Anfrage des bayerischen Landtagsabgeordneten Florian Streibl. In dem Brief schreibt Herrmann, man halte die Weitergabe von Einsatzfotos an kommerzielle Medien im Rahmen der Pressearbeit von Feuerwehren für problematisch. Und zwar „sowohl kommu-

nal- als auch wettbewerbsrechtlich“. Herrmann verweist dabei auf die Bayerische Gemeindeordnung. Ganz ähnlich zieht aber auch die Hessische Gemeindeordnung Grenzen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden und damit auch zum Beispiel ihrer Feuerwehren. ver.di hält es nicht nur aus Wettbewerbsgründen für problematisch, wenn Foto- und Filmaufnahmen nicht für dienstliche Zwecke, sondern auch zur Veröffentlichung in diversen Medien angefertigt werden.

„Polizei und Feuerwehr sind an gesetzliche Aufgaben gebunden, zu denen zum Beispiel bei der Polizei Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gehören, nicht aber die Weiterbildung von amtlichen Informationen“ sagt Manfred Moos von ver.di Hessen. Durch die kostenlose Zurverfügungstellung von Bildern und Filmen wird die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten und damit auch die Pressefreiheit mittelbar beeinträchtigt. In Zeiten zunehmenden Spardrucks in den Redaktionen ist die Versuchung groß, die Gratis-Angebote der Polizei in Anspruch zu nehmen und das Honorar für freie Fotograf*innen einzusparen.

Doch der Schuss könnte nach hinten losgehen, befürchtet ver.di. „Wer so handelt nimmt in Kauf, dass am Ende die Polizei die Hoheit darüber hat, was veröffentlicht wird und was nicht.“ Deshalb sind auch die Redaktionen aufgefordert, nur in Ausnahmefällen behördliches Film- und Fotomaterial zu verwenden. **PM**

Jetzt schnell anmelden: Nur noch wenige Plätze frei!

Ein politisches Diskussionsforum für Aktive und Interessierte

13. ver.di-DruckerTage

Nicht jede*r hat einen Sechser im Lotto

5. bis 7. Juli 2019 | ver.di-Bildungszentrum »Das Bunte Haus« in Bielefeld

Und die wenigsten Menschen verfügen über ein stattliches Vermögen. Oder haben ein großes Erbe zu erwarten. Deshalb sind wir alle darauf angewiesen, dass wir für unsere Arbeit ordentlich bezahlt werden. Und im Alter unser Auskommen haben. Doch von flächendeckend guten Tarifverträgen und guten Renten sind wir weit entfernt. Stattdessen wird bei der Rente Flickschusterei betrieben und Tarifverträge gelten für immer weniger Beschäftigte. Wie das anders gehen kann, darüber wollen wir auf den DruckerTagen 2019 diskutieren. Und am Sonntagmorgen geht es in die virtuelle Druckhalle.

Programm + Anmeldung: <https://verlage-druck-papier.verdi.de>

Twitter-Tipps

 Fachgruppe Verlage, Druck und Papier:
@vdp_in_verdi
die dju:
@djuverdi
Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8 Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10 10112 Berlin
V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqhq>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>